"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

24. Jahrgang. 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 26. August 1931. 12 Seiten Nr. 42.

Ueber 6 Millionen Bonus für Getreidefarmer

E. B. Ramsay über die Verteilung des 5 Cts-Zuschusses zu jedem Buschel Weizen

Der Weizenbauer, nicht der Eigentümer des Weizens erhält den Bonus, der durch besondere Zertifikate gewährt wird und bei jeder gesetzlich anerkannten Bank in Bargeld ausbezahlt wird.

Winnipeg. — Die canadische Bundesregierung in Ottawa hat den Weizenfarmern einen „Bonus", das heißt einen Zuschuß von 5 Cents für jeden Buschel Weizen, den sie auf den Markt bringen, versprochen. Nach einer Berechnung von E. B. Ramsay, dem Vorsitzenden der Behörde der Getreidekommissare, werden sich daraus für die Weizenfarmer, der drei Prärieprovinzen, an die der Bonus direkt verteilt werden soll, etwa sechs bis acht Millionen Dollar ergeben.

Der Bonus ist nach Ramsays Darlegungen nicht für die Weizenbesitzer sondern für die Weizenbauer bestimmt. Der Mann, der den Weizen baut, erhält das Geld, ganz gleich ob er der Besitzer des Getreides ist oder nicht oder ob er es für jemand anders baut. Ausgenommen davon ist nur der Mann, der auf der Farm gegen Geldlohn arbeitet oder seinen Lohn teils in Geld und teils in einem Ernteanteil erhält. Besteht sein Lohn vollständig aus einem Ernteanteil, so kommt nur der 5 Cents-Bonus direkt zugute.

Nach weiteren Bestimmungen darf niemand seinen Bonusanteil an einen anderen übertragen und darf niemand eine solche Uebertragung annehmen. Jene, die ermächtigt sind, ein Bonuszertifikat auszustellen, dürfen dieses nur auf den Namen des Weizenbauers ausstellen.

Mit den Elevatorgesellschaften, den Getreidehändlern, Kommissionären u. Getreidehändlern sind Vereinbarungen getroffen worden, hinsichtlich der Ausstellung von Bonuszertifikaten für sogenannten Straßenweizen, oder graduierten Lagerweizen, während ganze Waggonladungen von Weizen nach der amtlichen Inspizierung abgefertigt werden.

Die Bonuszertifikate müssen auf der Rückseite die Erklärung des Weizenbauers tragen, daß der Weizen im Jahre 1931 in einer der Provinzen Manitoba, Saskatchewan oder Alberta gebaut wurde. Wenn dies geschehen ist, kann das Zertifikat zu einer der gesetzlich anerkannten Banken gebracht und dort gutgeschrieben gegen Bargeld eingelöst werden. Für diese Zertifikate sind keine Stempelmarken nötwendig.

Gibt der Getreidefarmer eine falsche Erklärung ab, so ist er nach dem Kriminalgesetz strafbar.

Das Gesetz bezüglich des 5 Cents-Bonus wird von der Behörde der canadischen Getreidekommissare verwaltet. E. B. Ramsay, der Vorsitzende der Behörde, bemüht sich um die Beschaffung der nötigen Büroräumlichkeiten, in denen etwa 40 Angestellte die Ausstellung und Nachprüfung der Zertifikate zu besorgen haben werden. Wahrscheinlich werden zwei bis drei Millionen solcher Zertifikate benötigt werden. Dem Personal werden voraussichtlich noch etwa 200 Farbleute des Getreidehandels beigegeben werden.

Frankreichs Wiederaufbau schon längst finanziert

Berlin. — Aeußerungen des französischen Finanzministers Flandin, der nach Pressemeldungen erklärte, Frankreich könne seine Ansprüche auf deutsche Reparationszahlungen nicht aufgeben, weil sie für die Wiederherstellung der kriegsverwüsteten Gebiete benötigt würden, haben in hiesigen Pariser und in Regierungskreisen großes Aufsehen hervorgerufen.

Es wird festgestellt, daß die Ziffern des französischen Ministers nicht mit den amtlichen französischen Absichtserklärungen der Kriegsschulden übereinstimmen.

Es scheint darauf hin, daß die französische Regierung die Kosten des Wiederaufbaus auf 100,000,000,000 Francs oder rund 16,500,000,000 Mark geschätzt hat. Deutschland habe bisher jedoch schon 36,500,000,000 Mark an Reparationen gezahlt, von denen Frankreich 52 Prozent oder 18,500,000,000 Mark, d. h. tatsächlich mehr erhalten habe, als es für den Wiederaufbau benötigt habe.

Großer liberaler Sieg in der Provinz Quebec

Montreal, 25. Aug. — Die liberale Partei hat bei den Provinzialwahlen in Quebec einen überraschend glänzenden Sieg davongetragen. Die Endergebnisse sind:

79 Liberale,
11 Konservative.

Die Liberalen haben fünf Sitze gewonnen, vier von den Konservativen und einen von der Arbeiterpartei. Außerdem hat die liberale Partei auch die fünf neuen Sitze erobert, die durch das Verteilungsgesetz geschaffen worden sind. Die Konservativen nahmen den Liberalen ebenfalls vier Sitze ab. Camillien Houde, der Führer der konservativen Opposition, wurde in den beiden Montreal-Wahlkreisen geschlagen und hat daher keinen Sitz im neuen Provinzialparlament.

Schweres Eisenbahnunglück in Steiermark

Wien. — Ein Eilzug auf der Fahrt von Rom nach Wien ist zu früher Morgenstunde in der Nähe von Leoben, Steiermark, mit einem Frachtzug zusammengestoßen. Zwölf Personen fanden auf der Stelle den Tod, 12 wurden schwer und 30 leicht verletzt. Durch die Wucht des Zusammenstoßes wurden sieben Waggons aus dem Geleise geschleudert.

Der Zugführer, der Heizer und der Schaffner retteten sich durch schnelles Abspringen vom Zuge, bevor der Zusammenstoß erfolgte. Mehrere Waggons mußten in Stücke zerschnitten werden, um die Toten und Verunglückten aus den Trümmern zu bergen. Die Untersuchung des Bahnunglücks führte zur Verhaftung von zwei Stationsvorstehern.

Canada soll schuld sein

Regierung der Ver. Staaten schiebt Canada die volle Verantwortung für Verzögerung dos St. Lorenzkanalprojektes zu.

Washington. — Die Regierung der Ver. Staaten schiebt Canada die volle Verantwortung für die fortwährende Verzögerung in den Verhandlungen über den Ausbau des St. Lorenzkanals und den damit verbundenen Kraftwerken zu. Präsident Hoover steht nach einer soeben erlassenen Erklärung des amtierenden Staatssekretärs Castle auf dem Standpunkte, daß die Arbeiten am Projekt der Wasserstraße bald in Angriff genommen werden sollten. Der Kanal würde zwischen den Getreide produzierenden Westen und der atlantischen Küste einen billigeren Transport ermöglichen. Das Staatsdepartement hat der canadischen Regierung mitgeteilt, daß es bereit ist, die notwendigen Vereinbarungen zu treffen. Aber, wie Herr Castle sich ausdrückt: „Wegen wichtiger eigener Gründe ist die canadische Regierung bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen, die Verhandlungen aufzunehmen."

Diese Erklärung der langen Verzögerung in den diplomatischen Diskussionen, die noch vorausgehen müssen, ehe die Baggermaschinen und Dampfschaufeln ihre Arbeit beginnen können, ist in einer formellen Bekanntgabe enthalten, die sich mit einem vielgenannten Briefe des Gouverneurs Roosevelt von New York an den Präsidenten Hoover befaßt.

Gouverneur Roosevelt war benachrichtigt worden, daß zwischen den Ver. Staaten und Canada geheime Verhandlungen im Gange seien. Er befürchtete, daß die Interessen des Staates New York, die mit den geplanten Kraftwerken in Verbindung stehen, des ihnen zukommenden Schutzes entbehren würden. Castle hat auf den Brief Roosevelts geantwortet, daß gegenwärtig keine Verhandlungen geführt werden.

Viele Monate schon sind widersprechende Berichte in Umlauf gewesen, die Ver. Staaten und Canada verhandelten über ein Abkommen, jedesmal mit den dazu gehörigen Dementis. Diese Meldungen begannen vergangenen Winter, als Ministerpräsident Bennett von Canada im Weißen Hause vorsprach.

Ungarische Regierung zurückgetreten

Budapest. — Die ungarische Regierung, an deren Spitze seit 1921 Graf Stefan Bethlen steht, ist zurückgetreten. Graf Julius Karolyi ist, von dem Regenten, Admiral Horthy, beauftragt worden, ein neues Ministerium zu bilden. Graf Julius Karolyi ist ein Vetter des Grafen Michael Karolyi, des früheren Präsidenten der ungarischen Volksregierung nach dem Zusammenbruch am Ende des Weltkrieges.

Die einzige Erklärung, die bis jetzt über den Rücktritt des Kabinetts abgegeben wurde, war, daß die Regierung die allgemeine Lage in Erwägung zog und sich „in Anbetracht der veränderten Verhältnisse" genötigt sah, zu resignieren.

Massenfütterung in Sowjetrußland

Einrichtung von 300 neuen Fabrikküchen und 4000 Speisehallen in den nächsten drei Jahren

Moskau. — Massenverpflegung russischer Arbeiter in weit größerem Umfang wurde durch einen Erlaß der Zentralexekutive der Kommunisten-Partei angeordnet.

Die gegenwärtigen Vorkehrungen für diese Aufgabe haben sich als unzulänglich erwiesen, sagt das Dekret, obwohl sie annähernd 12,000,000 Arbeiter und ihre Familien, die gemeinschaftlich in Fabrikküchen, öffentlichen Speisehallen und Verpflegungsstationen für Kinder gespeist werden, mit Nahrung versorgen.

In diesen Einrichtungen werden die Speisen zu Preisen von 13 bis 40 Cents verabreicht. Der kürzliche Versuch, mehr Frauen, aus ihren Küchen der Arbeit in den Fabriken zuzuführen, hat die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der sozialen Verpflegungseinrichtungen besonders in den großen Städten außerordentlich erhöht.

In dem Erlaß ist geplant, mit einem Kostenaufwand von ungefähr $14,750,000 etwa 300 neue Fabrikküchen und 4000 Speisehallen innerhalb der nächsten drei Jahre einzurichten, um der Verpflegung von 25,000,000 Personen zu dienen.

Mit der Ueberwachung der Ausführung des ganzen Planes ist eine Gruppe von 500 Parteileuten beauftragt. Bessere Lebensmittel, größere Abwechslung in den Speisen und wirksamere Zubereitungs-Methoden sollen eingeführt werden. Die Kooperativgesellschaften, die mit Verteilung der Lebensmittel betraut sind, waren in letzter Zeit stark behindert nicht nur durch die Unzulänglichkeit der Kochgelegenheiten, sondern auch durch geringwertige Beschaffenheit der gelieferten Nährmittel, ungesunde Zustände, schlechte Disziplin der Angestellten und dürftige Ausbildung des Küchenpersonals.

Ein weiterer Erlaß schafft in allen Zweigen der Industrie besondere Fonds für Belohnung von Arbeitern und Fabrikbetrieben, die durch außerordentliche Leistungen den Fünfjahr-Industrialisierungsplan gefördert haben.

Koalitionsregierung in Großbritannien

London, 24. Aug. — Zum zweiten Male in der Geschichte Großbritanniens übernahm eine Koalitionsregierung die Leitung der Staatsgeschäfte. Während es bei der ersten Regierung dieser Art um die Ueberwindung der Weltkriegskrise ging, hat diesmal die ernste Finanzkrise, in die England geraten ist, die verschiedenen Parteien veranlaßt, sich die Hände zu reichen. Der Premierminister Ramsay MacDonald, der formell sein Amt niederlegte, wurde vom König sofort mit der Bildung einer neuen Regierung unter Hinzuziehung der Konservativen und Liberalen beauftragt.

Friedensverträge-Wurzel des Uebels

Amerikanischer Senator Borah erklärt, Schuldenstreichung „ohne Befreiung Europas aus der Knechtschaft der Friedensverträge" wertlos

Boise, Idaho. — Senator William E. Borah erklärte, daß er bereit sei, die Frage der Streichung der Kriegsschulden in Erwägung zu ziehen, aber erst dann, wenn Europa „von der Knechtschaft der Friedensverträge und der daraus hervorgegangenen Rüstungen befreit ist."

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten betonte dies in Verbindung mit einer Aeußerung über den Wiggin-Vertrag. In einer formellen Erklärung sagt er:

„Ich bin durchaus bereit," „die Streichung der Kriegsschulden in Erwägung zu ziehen, jedoch müßte sie in Verbindung mit einem echten wirtschaftlich-politischen Neuaufbau-Programm für Europa und als ein Bestandteil dieses Programmes erfolgen. Solange die Friedensverträge nicht revidiert werden, wird Europa bis an die Zähne bewaffnet bleiben, und solange dies der Fall ist,

kann es keine wirtschaftliche Genesung der Welt geben.

Wenn Europa einmal gewillt ist, Hirn und Kräfte seiner Völker von ihren Fesseln zu befreien und ihnen eine Chance zu geben, wieder auf die Füße zu gelangen, so wird es sich lohnen, mit der Revidierung der Schuldenverträge als Teil dieses Programms zu beginnen.

„Wir haben sieben Milliarden europäische Schulden gestrichen, nachdem uns Bankiers und auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Finanz erfahrene Männer versichert hatten, daß dann die wirtschaftliche Gesundung Europas sofort beginnen werde. Die Zustände haben sich aber seitdem immer mehr verschlechtert. Wenn wir weitere sieben Milliarden Schulden streichen, so würde auch durch eine derartige Maßnahme Europa nicht gerettet werden, sofern andere Bedingungen nicht gleichzeitig Erfüllung finden.

„In anderen Worten, die Streichung der Schulden,

ohne gleichzeitige Befreiung Europas aus der Knechtschaft der Friedensverträge

und des durch sie hervorgerufenen Rüstungsfiebers mag einigen wenigen Scharfmachern-Händlern Hilfe bringen, aber nicht den Massen Europas, ebenso würden dadurch keine neuen Märkte erschlossen, die für amerikanische Farmer und Fabrikanten von dauerndem Werte sind.

„Wenn das nächste Jahr mit nichts besserem vergeudet wird, als Memoiren und Diskussionen über die Schulden, dann haben wir uns angesichts einer heranziehenden Katastrophe als unfähig erwiesen.

„Wir alle müssen ganz genau, wo die Wurzel des Uebels liegt, ebenso weiß es das Wiggin-Komitee, und es wäre Zeitverschwendung, dem Volke den Vorschlag zu unterbreiten, angesichts der gegenwärtigen Zustände in Europa die Schulden zu streichen."

Deutscher Nordlandflieger in Grönland

Ivigtut, Grönland. — Flugkapitän Wolfgang von Gronau, der sich auf einem Einmannfluge von Deutschland nach den Ver. Staaten befindet, ist von Godthaab kommend hier gelandet. Er plant, nach Dickson Bay zu fliegen, von wo der letzte Flugabschnitt beginnen soll.

Bankiers fordern Revision der Kriegsschulden u. Reparationen

Komitee unter Vorsitz des Amerikaners Wiggin studierte den Kreditbedarf Deutschlands

Die Welt hat nach Erklärung der Finanzsachverständigen eine widersinnige Politik betrieben

Basel. — Der offizielle Ausgang aus dem Bericht des Wiggin-Komitees, das die Revision der Kriegsschulden und Reparationen und Beilegung der europäischen Streitigkeiten fordert, hat folgenden Wortlaut:

„Der Bericht des Finanzkomitees, das auf Empfehlung der Londoner Konferenz von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich gesichert wurde, um Mittel unmittelbar und weiteren Kreditbedarf Deutschlands und die Möglichkeit zu studieren, einen Teil seiner kurzfristigen Kredite in langfristige Darlehen umzuwandeln, zerfällt in zwei Teile.

„Der erste Teil, der von den unmittelbaren Kreditbedürfnissen Deutschlands handelt, befaßt sich weit auf die Tatsache, daß die in Deutschland entstandene Lage hauptsächlich die Folge der Weltdepression und teilweise das Resultat der besonders prekären Position ist, in der sich das Reich befand.

„Während der sieben Jahre von 1924 bis 1931 in Deutschlands Verschuldung an das Ausland schneller gewachsen als seine Aktiva im Auslande: 25,200,000,000 Reichsmark. Seine Gesamtschulden werden auf 25,000,000,000 Reichsmark geschätzt, die natürlich zum Teil durch deutsche Besitztümer im Auslande ausgeglichen werden, die sich auf 9,700,000,000 Reichsmark belaufen. Es verbleibt somit eine Nettoschuld an das Ausland von ungefähr 15,800,000,000 Reichsmark.

„Die Reparationszahlungen sind zum großen Teil indirekt mit geborgtem Gelde gezahlt worden. Während zwei Jahren hat ein Ueberschuß aus der Ausfuhr mitgeholfen, und es waren natürlich auch Einnahmen aus Dienstleistungen zu verzeichnen.

„Es folgt daraus, daß in der Hauptsache die von Deutschland in diesen Jahren an das Ausland gemachten Zahlungen nicht aus Deutschlands eigenen Mitteln geleistet wurden und auch nicht geleistet werden können, bis ein angemessener Teil dieser kommerziellen Schulden in Form von Gold, Waren oder Dienstleistungen zurückgezahlt worden ist.

„Das Komitee ist der Ansicht, daß es im allgemeinen Interesse wie auch im Interesse Deutschlands notwendig ist, die gegenwärtige Höhe des deutschen Kredits im Auslande zu erhalten und daß auf alle Fälle ein Teil des zurückgezogenen Kapitals aus fremden Quellen ersetzt werden muß, nicht in der Form von kurzfristigen Krediten, sondern in langfristigen Darlehen.

„Der zweite Teil des Berichtes befaßt sich mit der Möglichkeit der Umwandlung kurzfristiger Kredite Deutschlands in langfristige Anleihen. Das Komitee kommt zu dem Befund, daß die deutsche Wirtschaftslage für eine solche Entwicklung nicht ungünstig erscheint.

„Das Komitee hält es für wesentlich, daß vor Ablauf der von der Londoner Konferenz empfohlenen Prolongierungszeit für die Kredite die in London vertretenen Mächte der Welt Vertrauen in internationale politische Beziehungen und außerdem die Versicherung geben sollten, daß die von Deutschland zu machenden internationalen Zahlungen nicht dergestalt sein werden, daß die Erhaltung der finanziellen Stabilität des Reiches gefährdet wird.

„Das Komitee erinnert daran, daß Deutschlands Problem gleichzeitig ein Teil des größeren Problems ist, das der ganzen Welt vorliegt. Um die Warennachfrage zu heben und den Sturz der Preise aufzuhalten, ist es notwendig, daß der Prozeß der Anlage neuen Kapitals wieder in Gang gebracht wird.

Zweitens: Deutschland bietet einen deutlichen Beweis für die Tatsache, daß die Welt eine widersinnige Politik geführt hat, indem sie eine Situation aufkommen ließ, in der von Schuldnern an Gläubigernationen jährlich große Summen gezahlt werden müssen, während gleichzeitig der Bewegung von Waren zur Zahlung dieser Summen Hindernisse in den Weg gelegt werden. Finanzielle Maßnahmen sind machtlos, wirtschaftlichen Wohlstand wieder herzustellen, wenn nicht ein radikaler Wechsel in dieser Politik eintritt."

Der Bericht schließt mit dem Satz: „Wir schließen deshalb damit, daß wir allen betroffenen Regierungen dringend anraten, keine Zeit zu verlieren, sondern sofort die nötigen Maßnahmen zur Herbeiführung von Verhältnissen zu treffen, die finanzielle Maßnahmen ermöglichen, um Deutschland und damit der Welt die dringend benötigte Hilfe zu bringen."

Amerika erstickt im Gold

Washington. — Die Ver. Staaten näherten sich in der Woche, die mit dem 19. August abschloß, dem Punkt, wo es sich im Besitz des halben Goldbestandes der Welt befindet. An diesem Tage betrug der Goldbestand des Bundes-Reservesystems $4,983,000,000, die höchste je erreichte Summe. Der vorherige Rekord wurde am 14. Juli erreicht, wo der Bestand an gemünztem Gold des Reservesystems $4,968,000,000 betrug. Im Laufe der letzten Woche flossen $19,000,000 diesem Lande zu, wodurch der Gesamt-Goldzufluß für das Jahr auf $491,000,000 kam.

Weizen gegen Kaffee

Ein Tauschgeschäft zwischen den Ver. Staaten und Brasilien

Washington. — Der Kontrakt der Bundesfarmbehörde, wonach ein Austausch amerikanischen Weizens gegen brasilianischen Kaffee stattfinden wird, lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf das primitive Prinzip des Warenaustausches zwischen den Völkern als ein Mittel, mit dessen Hilfe möglicherweise das Ueberschußproblem, eine der unangenehmsten Erscheinungen der Weltdepression, gelöst zu werden vermag.

Zahlreiche Länder leiden heute an einem Mangel an Geld oder Kredit, während ihre Getreidespeicher und Lagerhäuser überfüllt sind. Mit ihren eigenen Waren überladen, sind sie wegen Geldmangels nicht in der Lage, die notwendigen Dinge zu kaufen, an denen ein anderes Land den größten Ueberfluß hat. Der direkte Austausch der Güter bietet eine Lösung der Schwierigkeit.

Der Handel, durch den die Farmbehörde 25,000,000 Buschel Weizen gegen 1,050,000 Säcke Kaffee Brasiliens eintauschen will, stellt den ersten Versuch dieser Art seitens der Ver. Staaten dar.

Dadurch wird nicht nur ein Abgang für einen Teil der 275,000,000 Buschel Weizen in den Händen der Farmbehörde ermöglicht, sondern es ergibt sich daraus auch noch die Möglichkeit, der amerikanischen Landwirtschaft permanente ausländische Märkte zu eröffnen. Im letzten Jahre hat Brasilien zum Beispiel nicht mehr als 4,000,000 Buschel Weizen in den Ver. Staaten gekauft.

Die gleiche Möglichkeit wird in dem Vorschlag Chinas erblickt, amerikanischen Weizen zu kaufen, um damit die Millionen Chinesen zu ernähren, die im Jangtsetal infolge der Flut dem äußersten Nahrungsmittelmangel ausgesetzt sind.

Kaiser läßt Olympia bauen

Doorn, Holland. — Der frühere deutsche Kaiser Wilhelm II., der sich seit langer Zeit mit dem Studium der alten Olympischen Spiele befaßt, hat dem Vernehmen nach vor einiger Zeit Gustav Oberländer, den deutsch-amerikanischen Philanthropen von Reading, Pa., dafür gewonnen, Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein Modell von Olympia, der Stätte der klassischen griechischen Spiele, zu erbauen.

Der Berliner Ingenieur und Architekt Hans Schleif hat den Auftrag erhalten, Olympia im Kleinen genau so aufzubauen, wie es vor mehr als zwanzig Jahrhunderten ausgesehen haben muß, als Griechenlands Söhne dort um den Oelzweig kämpften.